

Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren [hrsg. v. Mario König et al.]

Autor(en): **Tanner, Albert**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **48 (1998)**

Heft 4: **1648, 1798, 1848**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Im Kern bietet der Band einige vorzügliche Abhandlungen zur politischen Sozialgeschichte der Schweiz, denen weitere Artikel angelagert sind, ohne dass dieser Teil – er ist mit «Integrative und ausgrenzende Diskurse» überschrieben – eine vergleichbare Dichte an Querbezügen erreichen würde. Zentral sind jene beiden Aufsätze, welche den langwierigen Weg zur Herausbildung einer überparteilichen Zusammenarbeit in den späten dreissiger Jahren aus der Perspektive der bäuerlichen (Werner Baumann) und der gewerkschaftlichen Interessenpolitik (Bernard Degen, Markus Kübler) verfolgen. Sie kreisen um grundlegende Kräfteverhältnisse, organisationsinterne Entwicklungen, die Suche nach Koalitionspartnern und programmatischer Orientierung. Insbesondere die Diskussion der bäuerlichen Politik geht über geläufige Vorstellungen von deren Einbettung in den «Bürgerblock» hinaus, versucht im übrigen internationale Bezüge herzustellen durch anregende Hinweise auf Ähnlichkeiten und Unterschiede im schwedischen Entwicklungsmodell jener Jahre. Speziellere Fragen verfolgen zwei Artikel zum Finanzplatz (Patrick Halbeisen, Yves Sancey), welche beide die hohe Selbstregulierung der Branche zum Thema haben, die mit Weltwirtschaftskrise und Bankengesetz (1934) ihre entscheidende Prägung fand. Halbeisen präsentiert zudem erstmals Daten zum Ausmass des finanziellen Engagements der Grossbanken auf dem deutschen Markt der dreissiger Jahre, von dem sie sich – mit unterschiedlichem Erfolg – zurückziehen suchten. Ähnlich wie diese beiden Artikel verweist auch der von Carlo Moos auf bestehende Forschungsdefizite, indem er den «Aufbruch von geringer Nachhaltigkeit» thematisiert, der 1920 im Beitritt der Schweiz zum Völkerbund seinen Niederschlag fand. Aufschlussreich sind seine vergleichenden Bemerkungen bezüglich des noch problematischeren Verhältnisses zur UNO nach 1945. Die aktuelle Geschichtsdebatte um das schweizerische Selbstverständnis hinterlässt hier spürbare Spuren.

Als Wunsch an die Forschung zeichnet sich nach Lektüre des Bandes sehr klar die Rolle der Geschlechter unter dem Vorzeichen gesellschaftlicher Integration in den dreissiger Jahren ab. Die einleitenden Bemerkungen von Béatrice Ziegler zu diesem Problembereich lassen die Frage nur um so schärfer hervortreten, wo der mögliche Gewinn zu suchen ist, der sich den Frauen infolge der Einpassung in den nationalen Konsens und des Verzichts auf eigenständige Interessenvertretung in dieser Periode bot. Oder war hier schlicht ein vollständiger Mangel an Alternativen im Spiel? Was aber unterscheidet «Integration» in diesem Fall noch von blossen Zwang? Ebenso wünschenswert wäre eine Fortführung der in diesem Band einzig bei Werner Baumann ansatzweise, aber vielversprechend gesuchten Perspektive des internationalen Vergleichs, der sich vermutlich weniger auf die Grossstaaten als auf die kleinen europäischen Demokratien richten sollte, welche die Krisen der Zwischenkriegszeit – ähnlich wie die Schweiz – bewältigten, ohne der autoritären Versuchung zu erliegen.

Mario König, Basel

Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Hg. von Mario König, Georg Kreis, Franziska Meister und Gaetano Romano. Zürich, Chronos Verlag, 1998, 286 S. (Die Schweiz 1798–1998: Staat – Gesellschaft – Politik, Bd. 3).

1964 diagnostizierte der Basler Staatsrechtler Max Imboden ein «Helvetisches Malaise». Er prägte damit für die sechziger Jahre eine griffige Formel, zwar ohne präzisen Inhalt, aber mit hoher Anschlussfähigkeit – bis heute. Auch für die Ma-

cher der Expo 64 drohte die Schweizer Gesellschaft anfangs der 1960er Jahre in einem Immobilismus zu erstarren. Mit einer Rückbesinnung auf die schweizerischen Grundwerte sollte die Landesausstellung einen Beitrag leisten, die Auswüchse eines überbordenden «Materialismus» zu beseitigen, der die Bevölkerung daran hindere, sich mit den wesentlichen Problemen und Fragen der Schweiz zu beschäftigen. In der Devise «Croire et Créer» glaubten sie, jene Zauberformel gefunden zu haben, die Bewahrung mit Bewegung zu verbinden vermöge. Im Endeffekt steckten die Expo-Macher dann allerdings «traditionelle Inhalte in ein avantgardistisches Kleid». Solche Widersprüchlichkeiten bestimmten aber nicht nur die Expo 64. Im Gegenteil, sie scheinen für die 1960er Jahre, in denen sich die Schweiz mitten im Aufbruch in die Konsumgesellschaft und auf dem Weg in die «zweite» oder «reflexive Moderne» befand, geradezu symptomatisch gewesen zu sein. Das vielzitierte Malaise, das zunehmende Infragestellen alter Gewissheiten und Deutungsmuster sowie das Suchen nach neuen Gewissheiten war aber auch Teil jener Orientierungskrise, welche die schweizerische Gesellschaft Mitte der 1960er Jahre immer stärker erfasste und traditionelle Leitbilder unter Druck setzte. Insbesondere die «eigenwillige Kompromissformel», die Fortschrittsideologie und Technikgläubigkeit mit einer Volksgemeinschaftsideologie paarte, die auf Struktur- und Kulturbewahrung ausgerichtet war, fand immer weniger ungeteilte Zustimmung.

Diese Orientierungskrise, die im Anschluss an Hansjörg Siegenthalers Krisenkonzept als eine offene und dynamische Phase der gesellschaftlichen Entwicklung verstanden wird, bildet den Ausgangspunkt und steht im Mittelpunkt der 17 Aufsätze dieses dritten Bandes zur Entwicklung des schweizerischen Bundesstaates seit 1848. Rund ein Drittel der Beiträge befasst sich hauptsächlich mit Reformprojekten wie z.B. der Lancierung der Totalrevision (Georg Kreis), der Expo 64 (Roger Sidler), der Entwicklung einer neuen Agrarpolitik (Peter Moser), der Förderung der Wissenschaften durch den Bund (Franz Horvath) sowie den Versuchen um eine neue Bundesfinanzordnung (Angelus Eisinger). Mit dem Reformdruck in der Aussenpolitik, deren tiefgreifende Umwälzungen in der politischen Öffentlichkeit lange kaum wahrgenommen wurden, beschäftigt sich ein Beitrag von Peter Hug. Er zeigt, wie die Mitte der 60er Jahre aufbrechende Krise der innenpolitischen Legitimation der Aussenpolitik und das diffuse Gefühl eines allgemeinen Malaise über die Stellung der Schweiz in der Welt eine Sensibilisierung und Aktivierung der Öffentlichkeit für die Aussenpolitik auslösten. Erstmals wurde nun einer breiteren Öffentlichkeit langsam bewusst, dass die Schweiz wichtige internationale Standards nicht erfüllte. Gleichzeitig entwickelten sich erste Debatten über die Schweiz als Trittbrettfahrerin des internationalen Systems, fanden Themen wie die UNO, die Menschenrechte, Rüstungskontrolle und die Dritte Welt breitere Beachtung, aber auch die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg wurde thematisiert. Einem «gebremsten Aufbruch» (Hug) glich aber nicht nur die «Dynamisierung» in der Aussenpolitik. Wie andere Reformprojekte mit Rekurs auf die sogenannten Konstanten der Schweiz von konservativen Kräften ausgebremst wurden, legt exemplarisch Roger Sidlers Aufsatz über das Selbstbild der Schweiz an der Expo 64 dar. Hans Georg Giger, der Delegierte des Bundesrates, setzte mit Berufung auf den «eidgenössischen Standpunkt» alles daran, Schritte der Expo-Macher in Richtung einer selbstkritischen Infragestellung der Schweizer Gesellschaft zu unterbinden. Nicht neue Leitbilder waren gefragt, sondern Besinnung auf das Hergebrachte. In volkspädagogischer Absicht musste die Expo die «Eigenart der Schweiz» und ihre «Konstanten» zelebrieren. Der «frische Geist der Moderne»,

den Bundesrat Schaffner 1967 der Expo im Rückblick zugestand, sollte noch 1964 auf die traditionellen Grundlagen zurückgeführt, der soziale und kulturelle Wandel kanalisiert und in seinen Auswirkungen auf die Mentalität, die Wert- und Deutungsmuster der Menschen kontrolliert werden.

Kontrollierte «Bewegung» war auch das vorrangigste Ziel in den Forderungen nach einer Revision der Bundesverfassung. Im Unterschied zu 1848, aber wie schon 1946/47 – und auch heute wieder – waren die Bemühungen nicht von einer Aufbruchstimmung geprägt. Waren es doch zunächst vor allem kulturkritische Zeitgenossen aus dem Umfeld der moderaten bürgerlichen Rechten, die sich für eine Revision der Verfassung einsetzten. Mit der Diskussion über eine neue Verfassung wollten sie in erster Linie dem «Schweizervolk» eine politische Therapie gegen die von ihnen diagnostizierte politische Unzufriedenheit und Staatsverdrossenheit verschreiben. Was die bürgerlich-konservative Elite, aber auch kulturkritische Linke beunruhigte, waren weniger die neuen Anforderungen an den Staat von seiten der Wirtschaft oder von aussen als vielmehr die «politisch-psychologischen Entwicklungen», der stärker aufkommende «Relativismus der Werte», die «Auflösungserscheinungen im geistig-sittlichen Bereich gegen Autorität und Gemeinschaft» (Ludwig von Moos) und ihr Übergreifen auf das öffentliche Leben. Sanierungsbedürftig hielt, wie Georg Kreis lakonisch anmerkt, die politische Elite weniger die Verfassung als vielmehr das «Volk». Dies ein Beispiel auch dafür, wie lange und stark in der bürgerlichen Schweiz trotz oder gerade wegen der direkten Demokratie ein paternalistisch-bevormundendes Demokratieverständnis vorherrschte, wie schwer sich Teile der bürgerlichen Eliten mit dem Modell der pluralistischen Demokratie taten, wie sehr sie aber auch angesichts des beschleunigten sozialen und kulturellen Wandels ihren Führungsanspruch und ihr Deutungsmopol bedroht sahen.

Im Mittelpunkt der elf weiteren Beiträge steht das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, die mit ihren Forderungen und neuen Leitbildern bis anhin allgemein akzeptierte oder gesamtgesellschaftlich verbindliche Wert- und Deutungsmuster herausforderten, ja z.T. fundamental in Frage stellten und mittelfristig den Um- oder Aufbau neuer Institutionen und Leitbilder herbeiführten. Fast exemplarisch lässt sich diese dynamisierende Funktion der neuen sozialen Bewegungen in der Entwicklungspolitik nachvollziehen. So können René Holenstein sowie Franziska Meister und Barbara Welter in ihren Beiträgen nicht nur aufzeigen, wie entwicklungspolitische Gruppen wesentlich dazu beitrugen, dass die schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik in der Öffentlichkeit der sechziger Jahre zunehmend problematisiert und der «Sonderfall Schweiz» kritischer betrachtet wurde, sondern wie sie mit ihren Forderungen nach einem neuen Solidaritätsverständnis auch den geltenden gesellschaftlichen Konsens über Entwicklungshilfe, der sich eng an traditionelle Leitbilder (humanitäre Schweiz) anlehnte sowie auf Vorbilder aus dem Arsenal der Geistigen Landesverteidigung rekurrierte, aufbrachen und schliesslich auch eine gewisse Umorientierung der offiziellen Entwicklungspolitik erreichten.

Dass manche der neuen sozialen Bewegungen zumindest bis 1974 z.T. recht massiven Druck ausüben, Lernprozesse in Gang setzen und so den sozialen und politischen Wandel vorantreiben konnten, hing in hohem Masse mit dem einhergehenden Strukturwandel der Öffentlichkeit und einer neuen Rolle der Medien zusammen. Diesen Zusammenhang von «Bewegungsgesellschaft» und sich entwickelnder «Kommunikationsgesellschaft» thematisieren gleich mehrere Bei-

träge. Die Aufweichung der parteipolitischen Einbindung der Zeitungen, besonders aber die generelle Tendenz zur Kommerzialisierung der Medien und einer damit verbundenen Boulevardisierung und Skandalisierung der Berichterstattung schufen erst das Umfeld, in denen sich diese neuen Gruppierungen und Bewegungen mit direkten Aktionen wirksam in Szene setzen, ihre Sichtweisen in die Öffentlichkeit tragen und Einfluss auf die öffentliche Meinung gewinnen konnten. Dies gilt für die 68er Unruhen (Urs Zweifel) genauso wie für den jurassischen Separatismus (Mark Eisenegger, Christian Ruch), der mit seinen Aktionen an der Grenze zur Legalität und seinen symbolischen Angriffen auf gesellschaftliche Grundwerte Anstoss erregte, oder die Anti-AKW-Bewegung (Patrick Kupper), die mit der Besetzung von Kaiseraugst am 1. April 1975 unwiderruflich klar machte, dass nicht nur marginale Grüppchen von Idealisten und Chaoten die Bewegung trugen.

Auch die neue Frauenbewegung (May B. Broda, Elisabeth Joris, Regina Müller) vermochte sich zunächst vor allem über ihre antiautoritären und neuen Ausdrucksformen des Happenings nicht nur in der alten Frauenbewegung Gehör zu verschaffen, sondern sich damit darüber hinaus wenigstens punktuell auch in die bis anhin von Männern beherrschte politische Öffentlichkeit einzuklinken. Um die Einlösung bestimmter Werte der Moderne auch für die Frauen einzufordern, lehnte die neue Frauenbewegung klassische Organisationsformen und etablierte Kommunikationsstrukturen ganz bewusst ab. Sie beharrte auf Autonomie, baute eine Art weibliche Gegenöffentlichkeit und attackierte über sie mit ihren neuen Postulaten nach körperlicher und sexueller Integrität sowie ihrer Kritik an der Geschlechterhierarchie und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung die männlich geprägten Lebensformen. Ihre Kritik und ihre Forderungen trafen aber auch den Kern der Gemeinschaftsideologie aus der geistigen Landesverteidigung bzw. des schweizerischen Nationalismus, welche die Frauen für die Gemeinschaft verantwortlich machte und sie damit auf ihren Platz in Heim und Familie verwies, während sie den Männern darüber hinaus auch die individualisierte Gesellschaft als sozialen Raum zuwies. Diese Volksgemeinschaftsideologie war es auch, die für viele Parlamentarier und das männliche Stimmvolk allgemein lange Zeit die Verweigerung des Stimm- und Wahlrechtes für Frauen rechtfertigte.

Dass der Umweltschutz (Christof Dejung) bereits anfangs der siebziger Jahre quasi zu einem neuen Leitbild der schweizerischen Politik wurde, ist hingegen nicht spektakulären Aktionen der Umweltbewegungen und entsprechend hoher medialer Aufmerksamkeit zu verdanken. Selbst das Aufkommen eines neuen Umweltbewusstseins lässt sich nicht auf sie zurückführen. Hingegen spielten sie bei der Etablierung des Umweltschutzgedankens in der politischen Agenda eine entscheidende Rolle. Sie vermochten aber nicht zu verhindern, dass die konkrete Umsetzung umweltverträglicher Entwicklungskonzepte (Ueli Haefeli) schliesslich doch im politischen System stecken blieb. So erfolgte die Restabilisierung der Schweiz bzw. die Überwindung der Orientierungskrise der sechziger und siebziger Jahre 1974/76 schliesslich ohne Bewältigung der Umweltprobleme. Erst die von oben am 1. September 1983 lancierte Diskussion über das Waldsterben brachte dann auf politischer Ebene jenen Durchbruch in der Umweltschutzgesetzgebung, welcher der Schweiz im internationalen Vergleich auf Jahre hinaus einen Spitzenplatz eintrug.

Vom Strukturwandel in den Massenmedien «profitierte» hingegen die Überfremdungsbewegung, die trotz ihrer Reaktivierung der antimodernen Gemein-

schaftsideologie ebenfalls den neuen sozialen Bewegungen zugeordnet wird. Ihre Breitenwirkung erklärt Gaetano Romano unter anderem damit, dass der «Blick» den Überfremdungsparteien, selbst wenn er gegen sie explizit Stellung bezog, jene entscheidende Publizität und Wirksamkeit einbrachte, die notwendig war, damit die Überfremdungsthematik in das «massenmediale Gedächtnis der schweizerischen Gesellschaft wieder eintreten» konnte. An dieser Reaktivierung war jedoch auch die vom Bundesrat 1961 eingesetzte «Studienkommission für das Problem der ausländischen Arbeitskräfte» massgeblich beteiligt, ja die Überfremdungsthematik ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie ein elitevermitteltes mentales Konstrukt von sozialen Bewegungen selbsttätig weitergetragen wird und eine Eigendynamik entfalten kann, die letztlich auf deren Konstrukteure und Vermittler zurückschlägt. Reichhaltiges Anschauungsmaterial bietet dafür die Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative. Mit ihrer Konstruktion einer «nationalen Eigenart» und eines «eidgenössischen Bewusstseins», die «tief im Gefühlsmässigen verankert» und deren typische Merkmale «weit in die Vergangenheit zurückreichen», und der Behauptung, dass es in der Regel Generationen brauche, um dieses Bewusstsein zu erwerben, berief sich die Kommission nämlich ebenfalls auf die Vision einer kulturellen Volksgemeinschaft und öffnete damit der Ausgrenzung bzw. der Rede von der Überfremdung Tor und Tür.

Meines Erachtens wird hier jedoch offensichtlich, wie sehr diese Volksgemeinschaftsideologie, die ja auch auf der Linken verbreitet war – von Volksgemeinschaft sprachen schon die Demokraten der 1860er Jahre, aber auch das SP-Programm von 1935 –, immer mehr auf einen ethnisch-kulturell legitimierte Nationalismus rekurrierte – ein Phänomen, das Romano, aber auch andere Autorinnen und Autoren, z.T. wohl aufgrund ihres kommunikationstheoretischen Ansatzes, nicht in seiner vollen Bedeutung für die soziopolitischen Auseinandersetzungen bzw. die soziale Integration zu ermessen vermögen. Angesichts der heutigen Debatten um Nationalismus und Multikulturalismus erstaunt mich denn doch, dass diese meist jüngeren Historiker und Historikerinnen sich wie schon die ältere schweizerische Geschichtsschreibung scheuen, was man gemeinhin Nationalismus nennt, auch als das zu bezeichnen. Einmal mehr erheben so die Herausgeber die «geistige Landesverteidigung» und den «Sonderfall Schweiz», die sie als Elemente einer Gemeinschaftsideologie charakterisieren, die «auf Kultur- und Strukturbe-wahrung» ausgerichtet war und der «Identitätsversicherung» diene, implizit zu spezifisch schweizerischen Konstrukten. Die in der Einleitung für die schweizerische Gesellschaft anfangs der 1960er Jahre postulierte «halbierte Modernität», die wirtschaftlichen Wachstumsoptimismus mit einer Volksgemeinschaftsideologie und anderen traditionellen Leitbildern kombinierte, dürfte aber kaum eine schweizerische Spezialität gewesen sein. Dabei handelt es sich um nichts anderes als um Varianten jenes Ende des 19. Jahrhunderts stärker aufkommenden ethnisch-kulturellen Nationalismus, der die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts so verhängnisvoll prägte und gerade heute mit der Ethnisierung der Politik wieder an Mobilisierungs- und Sprengkraft gewonnen hat.

Hier macht sich ein Mangel vieler Beiträge bemerkbar, der wohl auch im Krisenmodell begründet ist, auf den sich die meisten Autoren und Autorinnen stützen. Dieses legt nämlich nahe, dass Krisen primär in der eigenen Gesellschaft erzeugt und dann diskursiv gelöst werden. Die enorme Bedeutung internationaler Spannungen, aber auch übernationaler Diskurse fallen damit leicht aus dem Raster bzw. verkommen zu blossen Randbedingungen oder nicht weiter analysierten

äusseren Einflüssen. Wie sehr weniger die Krisenwahrnehmung im Inneren als vielmehr sogenannt äussere Einflüsse oder besser über- und internationale Entwicklungen die schweizerische Politik «dynamisiert» bzw. den Reformdruck entscheidend verstärkt haben, ergibt sich jedoch gleich aus mehreren Aufsätzen, so z.B. aus jenen über die Aussen- und Entwicklungspolitik. Aber auch der Jura-Konflikt war eng mit übernationalen Entwicklungen verknüpft, ganz zu schweigen von der 68er Bewegung und der neuen Frauenbewegung. Etwas mehr Anstrengungen in Richtung einer vergleichenden Perspektive hätten diese Mängel wohl relativ leicht beheben können. So gilt auch für viele der Beiträge dieses Bandes, wie übrigens auch für jene der übrigen drei Bände des AGGS-Projektes, dass sie trotz einer grundsätzlich kritischen Haltung zur schweizerischen Gesellschaft einer kaum hinterfragten national begrenzten, ja z.T. helvetozentrischen Sichtweise verhaftet bleiben. Den «Sonderfall» scheint auch die jüngere Geschichtsschreibung noch nicht überwunden zu haben.

Albert Tanner, Bern

Urs Allematt, Catherine Bosshart-Pflugler, Albert Tanner (Hg.): **Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.–20. Jahrhundert** (= Die Schweiz 1798–1998: Staat – Gesellschaft – Politik, hg. von der AGGS, Bd. 4). Zürich, Chronos, 1998, 295 S.

Dass Nationen Erfindungen sind, weiss man schon seit einer Weile. Ernest Renan hat 1882 auf ihren fiktionalen Charakter als einer der ersten hingewiesen, und er hat auch schon die Schweiz als Willensnation bezeichnet, nicht im Sinne einer normativen Vorgabe, sondern einer Deskription: Offenbar wollen die Schweizer eine Nation bilden, obwohl weder Gemeinsamkeiten der Sprache, der Religion noch der «Race» ihnen das besonders nahelegen würden. Solche Einsichten in der Hochzeit des Nationalismus (und Imperialismus) haben allerdings nicht verhindert, dass noch während Jahrzehnten die «Wahrheit» einer Nation in ihrer angeblich gemeinsamen Geschichte gesucht wurde; das war dann immer eine Ursprungslegende, eine Erzählung von einem schon in grauer Vorzeit angelegten Wesenskern, in dem alles schon enthalten sei, was im 19. Jahrhundert dann zur Entfaltung kam. Erst seit zwei, drei Jahrzehnten wird dezidiert davon gesprochen, dass Nationen «erfunden» werden (E. Gellner 1964), und insbesondere die Verschränkung von *nation and narration* (H. Bhabha 1990) hervorgehoben: Die Nation entsteht genau dort, wo Geschichten (und Bilder) über ihren angeblichen Ursprung zu zirkulieren beginnen, und sie ist heute, wo der selbstverständliche Glaube an ihre Geschichte (im Singular) am Schwinden ist, vor allem noch dort anwesend, wo, wie Pierre Nora (1984) argumentiert, Geschichte bewusst konstruiert, Erinnerung zelebriert und die Zeichen der Nation in Museen neu ausgelegt werden. Der Begriff «Konstruktion», heute in aller Munde, hat den Doppelcharakter des fiktionalen Entwurfs einer symbolischen Ordnung, die gesellschaftliche Realität wird, und seiner nie ganz gelingenden Wiederholung, die die Struktur dieser Ordnung zugleich erhält und verändert (vgl. E. Laclau / Ch. Mouffe 1985/1991).

Der hier anzuzeigende Sammelband bewegt sich im Rahmen dieser Thematik. 18 Autorinnen und Autoren untersuchen in je rund 10- bis 20seitigen Aufsätzen zu unterschiedlichsten Themen und mit unterschiedlichstem konzeptionellem Hintergrund Formen und Resultate der Fabrikation dessen, was die Schweiz in den letzten 200 Jahren zur Nation gemacht hat. Zum einen sind dies jene Elemente der